

tuation Gremienarbeit von Laien, wie sie auch im Rahmen des ZdK bis heute geschieht, pauschal abgewertet wird, ist man im Grunde an einer breiteren Mitverantwortung von Laien an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Kirche nicht interessiert. Man schlägt den Sack, meint aber den Esel.

nt

Überflüssig?

Der „Club of Rome“ feiert sein 25jähriges Bestehen.

Damals, 1972 hat er seine Wirkung kaum verfehlen können – der erste Bericht des „Club of Rome“ zur Lage der Menschheit war ein Paukenschlag. Schockierend und unmißverständlich zugleich war die Botschaft der im Auftrag des „Club of Rome“ vom Massachusetts Institute of Technology erstellten Studie „Die Grenzen des Wachstums“: Komme es nicht durch ein sofortiges radikales Umdenken in Wirtschaft und Politik zu einer drastischen Begrenzung des rasanten Bevölkerungswachstums, der Ausbeutung der Rohstoffquellen, der Industrialisierung und zu einer entschiedenen Trendwende in der Nahrungsmittelproduktion, sei die globale Katastrophe unausweichlich. Zum Teil Symptom, zum Teil aber selbst auch beschleunigender Katalysator, war der Bericht Ausdruck einer tiefgreifenden Erschütterung des alles bestimmenden Credos der Nachkriegszeit: des Glaubens an ein grenzenloses wirtschaftliches Wachstum.

Als „Propheten des Null-Wachstum“ denunziert handelte sich der „Club of Rome“ bzw. der Herausgeber der Studie, *Dennis Meadows*, seinerzeit auch massive Kritik ein, die sich meist jedoch gegen bestimmte Einzelheiten der Prognose, auf unbestreitbare Schwächen des von *J.W. Forrester* entwickelten Computer-Weltmodells richtete (etwa die fehlende Differenzierung der Analysen entsprechend

den regional verschiedenen Entwicklungen oder die Unterbewertung sozialer und kultureller Faktoren). Gegenüber der eigentlichen Botschaft, dem Hinweis auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, blieb diese Kritik Randglosse.

Mit einer ähnlichen Resonanz wie zu Anfang der siebziger Jahre kann der nun 25jährige Kreis der 100 „Weisen“ aus Wissenschaft und Wirtschaft heute nicht mehr rechnen. Der Jubiläumskongreß in Hannover Anfang Dezember, der unter dem Motto „Die neue Verantwortung Europas“ stand, diente den meisten Beobachtern eher zur Erinnerung an wirkmächtigere Tage des 1968 vom italienischen Industriellen *Aurelio Peccei* initiierten Welt-Notstandskomitees. Nicht daß die Thesen des 25. Jahreskongresses ohne jede Aktualität oder Brisanz gewesen wären: Die Hauptbedrohung für das Überleben der Menschheit sei heute – so der derzeitige Präsident des Clubs, der Spanier *Ricardo Diez-Hochleitner* – die tragische Mauer zwischen Armen und Reichen und die zunehmende Ungleichheit auf der Welt; die Einsicht in die ethische Krise unserer Zeit wirke noch bedrohlicher als die in die ökonomische.

Daß die mahnenden Worte des Jubilars nur noch einen schwachen Wellenschlag auslösen, hat eine Sonnen- und eine Schattenseite. Zum einen scheint den Club das Los ereilt zu haben, das mit ihm alle guten Pädagogen teilen: Je besser und schneller die Schützlinge zur eigenen Reife gelangen, um so überflüssiger wird der Pädagoge selbst. Längst sind die spektakulären Erkenntnisse von 1972 zum Allgemeinut einer vom Club of Rome mitherausgeforderten breiten Ökologiediskussion geworden. Inzwischen etablierte, weltweit operierende und durchsetzungsfähige Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace sind in den Fußspuren des Clubs gefolgt. An allgemein verfügbaren Informationen über die desolate Lage des Globus fehlt es derzeit sicher nicht, wobei heute die Prognosen über das Ende der Rohstoffvorräte durch die noch drängendere Einsicht in das katastrophale

Ausmaß der weltweiten Umweltzerstörung überholt sind.

Mit der größeren Verbreitung des Wissens um die Bedrohung der Zukunft ist, dies die Schattenseite, jedoch auch die *Gewöhnung* an solche Thesen und Szenarien einhergegangen. Das Schicksal der Umweltkonferenz in Rio (vgl. HK, September 1992, 419ff) hat einmal mehr dieses Nebeneinander von Informiertheit und Folgenlosigkeit deutlich gemacht, das krasse Mißverhältnis zwischen enormem rhetorischem Aufwand („die letzte Chance zur Rettung des Planeten“) und der dürftigen Bilanz der Ergebnisse ein Jahr später. Der gefeierte Durchbruch von Rio, die weltweite Anerkennung eines untrennbaren Zusammenhangs von Umwelt und ökonomischer Entwicklung, bleibt in Zeiten weltweiter Rezession und Arbeitslosigkeit auf der Ebene der Programme und Bekenntnisse.

Dabei signalisierte der zweite, im Vorfeld von Rio und 20 Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“ erschienene Bericht *Meadows' „Die neuen Grenzen des Wachstums* (im englischen Originaltitel unmißverständlich: „Jenseits der Grenzen“) keinesfalls Entwarnung. Die Lage ist vielmehr noch ernster geworden: „1971 sah es so aus, als werde man erst nach einigen Jahrzehnten die materiellen Grenzen für die Nutzung vieler Rohstoffe und der Energie erreichen. 1991 aber zeigten die Computerläufe und die Neubewertung der Daten, daß die Nutzung zahlreicher Ressourcen und die Akkumulation von Umweltgiften bereits die Grenzen des langfristig Zuträglichen überschritten haben – trotz verbesserter Technologien, trotz des mittlerweile gewachsenen ökologischen Bewußtseins und trotz strenger Umweltgesetze“.

Die Industrieproduktion hat sich in den zwei Jahrzehnten fast verdoppelt, die Weltbevölkerung stieg von 3,6 auf 5,4 Milliarden (trotz leicht sinkender Wachstumsrate war der Bevölkerungszuwachs 1991 mit 92 Millionen Menschen so hoch wie nie zuvor). Das Fazit der Autoren: Eine lebenswerte Zukunft müsse zur „Epoche des Rückweges“ werden, in der man die Schäden ausheilen lasse. Materielles Wachs-

tum habe die weltweite Armut nicht beseitigen können. Jetzt müsse Armut bekämpft werden bei gleichzeitiger Verminderung der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Dabei bleibt die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Wachstums im unterentwickelten Süden für den Club of Rome unbestritten. Der radikale Kurswechsel steht im Norden an. Das war auch die Erkenntnis von Rio, das schreibt der Vizepräsident der USA, *Al Gore*, in seinem Marshall-Plan für die Erde: Wir müssen zu einem *neuen Lebensstil*, einer Kultur der Genügsamkeit und Bescheidenheit gelangen. Damit ist die Frage „Was ist zuviel?“ virulent. Diese wird aber noch schwieriger zu beantworten sein als die frühere Frage „Was ist noch möglich?“. In jedem Fall jedoch wird sie auf noch mehr Widerstände stoßen. fo

Wachwechsel

Bischofswahlen in vier evangelischen Landeskirchen

Einmal völlig problemlos, einmal mit knapper Mehrheit, einmal im zweiten Anlauf und einmal ohne Erfolg. So lassen sich die Ergebnisse von vier *Bischofswahlen* der vergangenen Wochen in Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland im Telegrammstil zusammenfassen. Gewählt wurde von den Synoden in Berlin-Brandenburg, Braunschweig, Württemberg und Sachsen, also in zwei westdeutschen, einer ostdeutschen und einer „gemischten“ Gliedkirche (Berlin-Brandenburg).

In der Braunschweigischen Landeskirche stand als Nachfolger von Landesbischof *Gerhard Müller* nur ein Kandidat zur Wahl und dieser erhielt auch gleich im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit: Der derzeitige Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags, *Christian Krause*. Bei der Bischofswahl in Sachsen gab es zwei Kandidaten. Die Syn-

ode entschied sich mit der knappen Mehrheit von 42 zu 39 Stimmen für Oberlandeskirchenrat *Volker Krefß*; Gegenkandidat war der Plauener Superintendent *Thomas Küttler*. In Berlin-Brandenburg machte der Heidelberger Theologieprofessor *Wolfgang Huber* das Rennen und setzte sich gegen zwei Kandidaten aus den östlichen EKD-Gliedkirchen durch.

Die Entscheidung über die Nachfolge von Bischof *Martin Kruse* in der Leitung der Berlin-Brandenburgischen Kirche sollte eigentlich schon im Juni 1993 fallen. Weil sich die Synode aber auf keinen der seinerzeit zur Wahl stehenden Kandidaten mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit einigen konnte, mußte die Wahl mit neuen Kandidaten wiederholt werden. Nach dem gleichen Strickmuster liefen bzw. laufen die Dinge jetzt auch in *Württemberg*, wo in der Synode drei feste Fraktionen bestehen: Nach insgesamt sechzehn Wahlgängen bei der Wahl Ende November hatte keiner der vier Kandidaten die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht. Daraufhin beschloß man, im neuen Jahr neu zu wählen.

Evangelische Landesbischöfe haben keine einem katholischen Diözesanbischof vergleichbare Position, sondern sind Teil einer Kirchenleitung, die immer im Zusammenspiel mehrerer Gremien bzw. Instanzen ausgeübt wird. Der Bischofstitel für kirchenleitende Persönlichkeiten wurde im deutschen Protestantismus erst nach dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments durch die Abdankung der Monarchen eingeführt, in manchen Landeskirchen auch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings haben evangelische Bischöfe (bzw. ihre Amtskollegen mit anderen Titeln wie Präses oder Kirchenpräsident) nicht zuletzt als Repräsentanten ihrer Landeskirche gegenüber der Öffentlichkeit einiges Gewicht und können durch Persönlichkeit und Stil ihre Kirche ein Stück weit prägen.

Von den in den letzten Wochen gewählten evangelischen Bischöfen ist nur einer ein „Eigengewächs“: *Volker Krefß*, der im Frühjahr Bischof *Johan-*

nes Hempel in der etwa 1,3 Millionen Mitglieder zählenden sächsischen Landeskirche ablösen wird, ist gebürtiger Dresdner und hat seinen ganzen bisherigen Weg in Sachsen zurückgelegt. In der Diskussion über die Militärseelsorge (vgl. HK, Dezember 1993, 604 f.) hat er sich für eine Änderung des Militärseelsorgervertrags ausgesprochen, was der Mehrheitsposition in den Gremien der ostdeutschen EKD-Gliedkirchen entspricht. Dagegen gehört der bei der Bischofswahl in Sachsen knapp unterlegene Plauener Superintendent *Küttler* zur Minderheit in den östlichen Gliedkirchen, die für das Modell A (Veränderungen in der Militärseelsorge bei Beibehaltung des bisherigen Vertrags) plädiert.

In Braunschweig, einer im EKD-Durchschnitt mittelgroßen bis kleineren Gliedkirche, kommt nach dem renommierten Reformationshistoriker *Müller* jetzt ein Theologe mit Auslands- und Ökumeneerfahrung ins Bischofsamt. *Christian Krause* war vor seiner Berufung zum Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags u. a. längere Zeit Mitarbeiter beim Lutherischen Weltbund in Genf. In Berlin folgt auf den Seelsorger *Martin Kruse* der Wissenschaftler und frühere Kirchentagspräsident *Huber*. Das Gewicht des Berliner Bischofsamtes wird mit dem Umzug von Regierung und Parlament in die Hauptstadt vermutlich zunehmen. Dazu kommt, daß es *Wolfgang Huber* an Selbstbewußtsein wie an Erfahrung im Umgang mit der Öffentlichkeit nicht mangelt. Teilweise wird er schon als möglicher Nachfolger von Landesbischof *Klaus Engelhardt* als Ratsvorsitzender der EKD gehandelt.

Mit einiger Skepsis kann man der zweiten Runde der Bischofswahl in Württemberg entgegensehen, bei der es neue Kandidaten geben wird. Schon die Wahl des derzeit noch amtierenden Landesbischofs *Theo Sorg* wie die seines Vorgängers *Hans von Keler* waren quälende Prozeduren, weil sich die drei Fraktionen der Synode (die pietistische „Lebendige Gemeinde“, die mehr progressive „Offene Kirche“ und die Mittelgruppe „Evangelium und Kirche“)